

Die Bilder aus dem Geflüchtetenlager Moria auf Lesbos erschüttern derzeit viele Menschen. Die humanitären Zustände sind hier, aber auch in anderen Lagern besorgniserregend. Im Juni des Jahres 2020 hat der Stadtrat Halle (Saale) eine Resolution "Der humanitären Krise in Griechenland entgegen treten ! Halle als sicherer Hafen"(VII/2020/01316) verabschiedet. In dieser erklären wir uns bereit dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beizutreten und die „Potsdamer Erklärung“ zu unterstützen. Weiterhin haben wir uns mit der Resolution bereit erklärt 5 unbegleitete Minderjährige und bis zu 145 Personen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen. Am 15.9.2020 hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt 1553 Menschen aus Moria in Deutschland unterzubringen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Inwiefern hat die Stadt Halle (Saale) die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland nach der Beschlussfassung der Resolution aktiv gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Bundesregierung erklärt und sich für die Schaffung gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen eingesetzt?
 - a. Wann hat Sie das getan?
2. Inwiefern wurde dem Bündnisbüro „Städte sicherer Häfen“ aktiv die Aufnahmebereitschaft kommuniziert?
3. Inwiefern wurden die notwendigen Schritte zur Aufnahme von Geflüchteten in die Wege geleitet?
4. Gab es nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria erneute Kommunikation und eine Bekräftigung der Aufnahmebereitschaft gegenüber den zuständigen Stellen?
5. Inwiefern gibt es zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) nach der Entscheidung der Bundesregierung vom 15.9.2020 Gespräche darüber Geflüchtete aus den Lagern in Moria aufzunehmen?

gez. Eric Eigendorf
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion Halle (Saale)
(Saale)

gez. Kay Senius
sozialpolitischer Sprecher
SPD-Fraktion Halle